

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Björn Engholm MdB, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Wirtschaft könnte mit unkonventionellen Mitteln Ausbildungsplätze schaffen.

Seite 1

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB, Vorsitzende der Kommission für Innen- und Rechtspolitik beim Parteivorstand der SPD, über ein CDU-Ablenkungsmanöver: Späth, die AEG und die Ausländer.

Seite 4

Rudolf Müller MdB fordert die Entlastung des Bundestages: Parlament darf nicht zur Gesetzesmaschine werden.

Seite 6

Dokumentation

SPD-MdB Ottmar Schreiner sprach in San Francisco vor jungen US-Bürgern zur Sicherheitspolitik: Rüstung modernisieren oder einfrieren?

Seite 8

37. Jahrgang / 161

26. August 1982

Ausbildungssituation besorgniserregend

Wirtschaft könnte mit unkonventionellen Mitteln helfen

Von Björn Engholm MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist nach wie vor alarmierend. Die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit vom Juli zeigen, daß sich das Angebot an Ausbildungsstellen im Juli 1982 um 7,2 Prozent (das sind 35.169 Stellen) gegenüber dem Vorjahreszeitraum verringerte. Dagegen stieg die Zahl der Bewerber um 63.979, das sind 15,8 Prozent mehr im Vergleich zu 1981.

Im Juli 1982 gab es noch 48.729 freie Ausbildungsplätze, das sind 40 Prozent weniger als im letzten Jahr. Gleichzeitig suchten noch 114.611 Jugendliche - 33,4 Prozent mehr als im letzten Jahr - einen Ausbildungsplatz.

Ganz Genaues werden wir erst am Ende des Vermittlungsjahres am 30. September wissen, aber die uns jetzt vorliegenden Daten zeichnen ein alarmierendes Bild, insbesondere für Lernschwächere und ausländische Jugendliche - auch immer mehr für Mädchen mit durchaus qualifizierten Abschlüssen.

Seit Ende des letzten Jahres habe ich in verschiedenen Initiativen an die Wirtschaft appelliert, ihrer Verpflichtung nachzukommen und eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen bereitzustellen. Diese Verpflichtung hat das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich bestätigt: Sie ist Pfeiler des dualen Ausbildungssystems.

Die Wirtschaft, und das meint private wie auch öffentliche Arbeitgeber, kann durch unkonventionelle Maßnahmen Zusätzliches leisten: Wenn zum Beispiel die Arbeitgeber nur ein bis zwei Pfennig pro Arbeitnehmer pro Stunde über Kammerum-



lagen aufbrächten, so ergäbe das einen Beitrag von 250 bis 500 Millionen DM im Jahr. Damit könnten die Kammern nach ihren eigenen Vorstellungen in den einzelnen Kammerbezirken zusätzliche Ausbildungsplätze einrichten. Das böte vielen tausend Jugendlichen eine neue Chance. Dieses Verfahren stärkt die Eigenverantwortung der Wirtschaft und entspricht damit dem Grundprinzip des dualen Systems.

Andererseits ist auch der Staat aufgerufen, mit dazu beizutragen, daß die bisher noch nicht Vermittelten eine faire Ausbildungschance kriegen. Von meinem Kollegen aus den sozialdemokratisch regierten Ländern gab es dazu wertvolle Anregungen. Ich habe deshalb schon frühzeitig den Vorschlag gemacht, die Angebote in beruflichen Schulen so auszuweiten, daß zum Beispiel auch in vollzeitschulischen Bildungsgängen Jugendliche eine anerkannte Berufsausbildung durchlaufen können. Meine Kollegen in den Ländern haben bereits eine Vielzahl zusätzlicher Maßnahmen an Berufsschulen eingerichtet. In diesem Zusammenhang muß man wissen: Die Bundesregierung hat in einem Gutachten klargestellt, daß es nicht in das Belieben der Kammern gestellt ist, Jugendliche aus einer schulischen Berufsausbildung zur Prüfung zuzulassen, sondern daß dafür eindeutige rechtliche Vorschriften bestehen.

So gut diese Maßnahmen auch sein mögen, weil schulische Maßnahmen den Ausbildungsstellenmarkt zwar im Augenblick entlasten - mit zeitlicher Verzögerung müssen alle Jugendlichen wieder auf dem Ausbildungsmarkt untergebracht werden, die keine vollqualifizierte Ausbildung in der Berufsschule erhalten haben, das heißt das duale System bleibt gefordert.

Die Union hat meine Appelle schon zu Beginn des Jahres als unnötige "Panik-Mache" bezeichnet; heutzutage allerdings gibt es keine Institution (Arbeitgeberverbände, Kammer etc.), die meine Warnungen für unbegründet hält.

Starke Unterstützung habe ich vom Bundeskanzler und von meinen Kabinettskollegen erhalten: Der Bundeskanzler hat im Mai an die 100 größten Unternehmen geschrieben, mit positivem Echo. Das Kabinett hat beschlossen, beim Bund 1.200 zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen.

Sozialdemokraten ist es mit ihrem hartnäckigen Eintreten für die Jugendlichen gelungen, das Thema "Ausbildungsplätze" zu einem Thema von breitem öffentlichen Interesse zu machen. Initiativen auf örtlicher Ebene formieren sich, Medien nehmen sich des Themas an, Lehrstellen-Börsen sind bei Zeitungen und Radiosendern eingerichtet worden. So was hätte es nicht gegeben, wenn wir uns auf die "so-schlimm-wird's-schon-nicht"-Parolen der Union verlassen hätten.

Aufgrund unserer frühzeitigen Warnungen kann keiner sagen - auch die Wirtschaft nicht - er sei von der Entwicklung überrascht worden.

Schon im April habe ich an alle Mitglieder des Bundestages geschrieben und ihnen Vorschläge gemacht, was sie in ihrer Region tun können, um das Ausbildungsplatzangebot zu steigern. Auch das hat dazu beigetragen, daß örtliche Aktivitäten entstanden sind.



Auch die Bundesregierung selbst leistet Beiträge, um die Situation zu entspannen.

1. Wir werden das Benachteiligten-Programm aufstocken.

Die Mittel, die im Rahmen der "Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität" bereitgestellt werden, betragen in diesem Jahr 59 Millionen DM, für 1983 ist eine Aufstockung des Programms auf 97 Millionen DM vorgesehen. Insgesamt werden damit 1983 rund 4.300 Jugendliche, die sonst keine Ausbildungschance hätten, im Rahmen des Benachteiligten-Programms eine Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen erhalten können.

Weiterhin sind ausbildungsbegleitende Hilfen vorgesehen, mit denen lernschwachen Gruppen (Sonderschülern, Ausländern etc.) die Berufsausbildung in Betrieben erleichtert wird. An diesem Programm können bis zu 8.000 Jugendliche teilnehmen.

2. Für Investitionen in überbetrieblichen Ausbildungsstätten

sollen mehr Mittel im Rahmen des Nachtragshaushalts 1982 bereitgestellt werden: 1982 bis 1985 jährlich 45 Millionen DM zusätzlich.

3. Das von der Bundesregierung im Februar beschlossene Programm zur "Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation und der Arbeitsmarktchancen Jugendlicher" sieht 120 Millionen DM für Bildungsbeihilfen an arbeitslose Jugendliche vor. Für 1983 ist eine Aufstockung um 150 Millionen DM geplant.

Die zentrale Forderung sozialdemokratischer Bildungspolitik "Jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz" darf in diesem Jahr kein leerer Spruch bleiben.

Sozialdemokraten wollen nicht abwarten, bis die konjunkturellen Rahmenbedingungen wieder günstiger sind, um etwas für die Jugendlichen zu tun; denn das hieße, auf eine aktive Politik zur Sicherung der Ausbildungsstellen zu verzichten.

(-/26.8.1982/bgy/rs)

+ + +



CDU-Ablenkungsmanöver

Ministerpräsident Späth, die AEG-Krise und die Ausländerproblematik

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Vorsitzende der Kommission für Innen- und Rechtspolitik beim Parteivorstand der SPD

Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth (CDU) hat vom Bund wieder einmal finanzielle Rückkehrhilfen für ausländische Arbeitnehmer gefordert. Er will damit - zu Lasten der Rentenversicherungen, der Arbeitslosenversicherungen und der Bundeskasse - die Zahl der "Ausländer erheblich senken". Bonn soll handeln, seine bisherigen Antworten seien "unbefriedigend".

Nun könnte man sich damit begnügen, wieder einmal mit Bitterkeit festzustellen, mit welcher offensichtlichen Zynismus Späth sich auch diesmal wieder dem Thema Ausländer zuwendet: Ausländerfragen werden von ihm wieder einmal aufgegriffen, um mit Hilfe eines emotionsgeladenen Themas von Problemen, von peinlichen Fragen an ihn abzulenken: Da ist die AEG-Krise, die auch in Baden-Württemberg eine hohe Zahl von Arbeitsplätzen vernichtet. Das löst Unruhe aus, zumal nach unserem System Bund und Länder den Plänen von Konzernspitze und Banken bestenfalls kosmetisch sanierend hinterherlaufen können. Da die Produktion zweier, an sich gesunder Werke im Südwesten, Zanker/Tübingen und Neff/Bretten, in Bayern ausgebaut werden soll und Späth in der Vergangenheit häufig über den Länderfinanzausgleich wettete, da Baden-Württemberg zahle und andere, wie Bayern, nehme, kommt's auch zu peinlichen Fragen. Sind die guten Beziehungen von Späth zum AEG-Krisenmanager Dürr schlechter als die zu Strauß? Zahlt Baden-Württemberg - auch sonst - die Verlagerung von Arbeitsplätzen mit Hilfe des Finanzausgleichs mit?

Man könnte sich dann auch damit begnügen, Späth davor zu warnen, ebenfalls zum wiederholten Male leichtfertig auf der Woge der Ausländerfeindlichkeit zu reiten, sie zu benutzen und damit zu verstärken. Denn das wird Späths erneuter Vorstoß mit Sicherheit erreichen: Bald dürfte jeder Bürger die - falsche - Aussage aufgenommen haben, daß AEG-Krise, Wirtschaftsprobleme und Ausländerbeschäftigung zusammengehören. Die scheinbar einfachen Lösungsmöglichkeiten deutet Späth selbst an: Ausländerzahl senken.

Als ob die AEG-Krise mit der Hälfte der ausländischen Arbeitnehmer bei uns verhindert worden wäre, als ob die drückenden Zinsen, die hohe Rationalisierungs-Arbeitslosigkeit



die schlechte Konjunktur durch Heimkehrern von Ausländern zu verändern wäre. Die Auswirkungen dieser - bewußten - Leichtfertigkeit der CDU, auch Strauß fordert ja jetzt wieder die Verhinderung der Zusammenführung ausländischer Familien bei uns, trägt Früchte. Die Parole "Ausländer raus" erscheint immer häufiger an Stammtischen und in der Öffentlichkeit.

Besonders ärgerlich aber muß ein dritter Gesichtspunkt machen; die Unbedenklichkeit, mit der die CDU schon wieder durch öffentliches Schwarze-Peter-Verteilen das Aufgreifen und Lösen von Problemen blockiert, ja verhindert. Es ist schließlich bekannt, daß in wirtschaftlich schlechteren Zeiten viele bei uns lebende Ausländer, in ihre Heimatländer zurückkehren wollen. Viele von ihnen können dabei durchaus Unterstützung gebrauchen. Die erworbene vermögenswirksamen Leistungen, die Betriebsrenten und andere erworbene Ansprüche müßten teilweise kapitalisiert beziehungsweise im Heimatland von diesen Arbeitnehmern bestimmungsgemäß nutzbar gemacht werden können. Rückkehrhilfe könnte auch in Angeboten zur Fortbildung jener Arbeitnehmer nach den Besonderheiten ihres Heimatlandes bestehen und hier wie auch im Heimatland ausgebaut, finanziert und geleistet werden. Rückkehrhilfe schließlich könnte mit Hilfe der Gewerbeförderung im Heimatland und mit Existenzgründungsdarlehen verbunden werden.

Ernsthafte Überlegungen, die man bei Kirchen, in Kreisen der Sozialdemokraten und auch bei einigen Verantwortlichen beispielsweise in Ministerien und Arbeitsämtern findet, die hat die CDU nicht zu bieten. Politische Schritte, um solche vorhandenen Überlegungen im Verbund von Ländern, Bund und Gemeinden auch zu verwirklichen, ohne nutzlose aber teure Mitnahmeeffekte zu provozieren, das ist heute gefragt. Eine staatliche Ebene allein kann hier nicht weiterkommen. Solche Schritte sollten die Aufgabe von verantwortlichen Politikern sein. Illusionen zu erwecken, über finanzierbare Beträge in Milliardenhöhe (zu dem ohne eigene Verpflichtung nur zu Lasten des Bundes), über die Höhe der Rückwandererzahlen, die erreicht werden könnten, und über die gleichzeitige Lösbarkeit anderer Probleme - das ist schädlich.

(-/26.8.1982/bgy/rs)

+ + +



Den Bundestag entlasten

Das Parlament darf nicht zur "Gesetzgebungsmaschine" werden

Von Rudolf Müller MdB

Über die ständig anschwellende Gesetzesflut wird seit Jahren in Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft geklagt, denn sowohl Bürger, Verwaltung als auch Parlament sind in gleicher Weise durch die wachsende Anzahl der Gesetze und die immer weiter ins Detail gehenden Regelungen belastet. Für das Parlament ist die Gefahr nicht zu verkennen, daß es sich mehr und mehr zu einer gut funktionierenden "Gesetzgebungsmaschine" entwickelt und immer weniger Zeit für seine ebenso wichtigen anderen Aufgaben wie Kontrolle der Exekutive oder Diskussion politischer Leitlinien findet.

Da dieser Zustand bereits seit längerem andauert, fehlt es natürlich nicht an Reformvorschlägen zur Entlastung des Deutschen Bundestages bei der Gesetzgebung. Doch gleichgültig von welcher Seite - zum Beispiel aus der Wissenschaft oder von der Enquete-Kommission Verfassungsreform - Überlegungen angestellt wurden, zu einer Umsetzung in die Praxis ist es bislang noch nicht gekommen, weil alle Denkmodelle auch gravierende Nachteile aufwiesen.

Dies gilt zum Beispiel für den Vorschlag, die Ausschüsse des Deutschen Bundestages in weniger wichtigen Fällen mit einer eigenen Gesetzgebungskompetenz auszustatten oder Gesetzgebungskompetenz in Einzelbereichen auf Sonderbehörden zu übertragen. Neben grundsätzlichen Bedenken gegenüber der Vereinbarkeit solcher Reformen mit verfassungsmäßigen Grundsätzen müßten auf jeden Fall so viele Kontrollfunktionen, Vorlageverpflichtungen und andere Sicherungen gegen Kompetenzüberschreitungen in diese Systeme eingebaut werden, daß im Endergebnis weder von einer wirkungsvollen Entlastung des Parlaments noch von "besseren" Gesetzen für den Bürger ausgegangen werden kann.

Diese wären sicherlich eher von einer "Gesetzgebung auf Zeit" zu erwarten. Die notwendige Wiederbefassung mit einem Gesetz nach einem von vornherein feststehenden Zeitraum würde dazu führen, daß in der Zwischenzeit gewonnene Erkenntnisse über positive oder negative Wirkungen des Gesetzes bei seiner Fortschreibung Änderung oder Außerkraftsetzung berücksichtigt werden könnten. Von einer Entlastung



des Parlaments kann bei diesem Verfahren jedoch keine Rede sein und darüber hinaus würde ein solcher "Probelauf" von Gesetzen zum Beispiel im Strafrecht, aber auch auf anderen Rechtsgebieten, zu einer unverträglichen Rechtsunsicherheit führen. Dennoch sollte in den Bereichen, wo dies möglich und dem Bürger zumutbar ist, - im Bereich der Leistungsgesetzgebung (Subvention) - mehr als bisher von der Möglichkeit einer "Gesetzgebung auf Zeit" Gebrauch gemacht werden.

Auf eine weitere gesetzeskonforme Möglichkeit seiner Entlastung sollte sich das Parlament ebenfalls mehr als dies bisher geschieht schützen: Die Möglichkeit der Exekutive Detailregelungen auf dem Verordnungsweg zu überlassen. Dieses im Grundgesetz ausdrücklich geregelte Verfahren hat den Vorteil, daß das Parlament nichts von seiner Gesetzgebungskompetenz aus der Hand geben muß, sich aber dennoch in seiner Arbeit auf die Schwerpunkte der Gesetzgebung konzentrieren kann. Gleichzeitig wären dadurch viele der Abstimmungen verzichtbar, bei denen die Parlamentarier zu Stimmvieh werden, weil sie sich in all den hochspezialisierten Teilmaterien über deren Regelung sie nach den Vorlagen der Ministerialbürokratie zu entscheiden haben, gar nicht mehr auskennen können.

Natürlich darf nicht übersehen werden, daß in der Verwaltung, bei den Abgeordneten und auch bei den Bürgern selber oft eine Neigung zur Überperfektion zu beobachten ist. Dies führt zwangsläufig zu dem Bemühen, alle erdenklichen Probleme, die bei der Anwendung eines Gesetzes entstehen könnten, schon vorab aus dem Weg zu räumen, indem eine entsprechende Regelung in den Gesetzestext aufgenommen wird. Soll aber die Gesetzesflut gestoppt, die Verbürokratisierung der Gesetzgebung aufgehalten und ein höheres Maß an Politisierung des Deutschen Bundestages wieder erreicht werden, so muß das Parlament dieser Tendenz zur Detailregelung entschiedener als bisher entgegenwirken.

(-/26.8.1982/bgy/rs)

+ + +



Dokumentation

Der Bundestagsabgeordnete Ottmar Sohreiner hat anlässlich des "Young-Political-Leaders-Seminars" des "American-Council on Germany" im August 1982 in San Francisco folgendes Kurzreferat zur sicherheitspolitischen Diskussion gehalten.

Rüstung modernisieren - oder einfrieren?

1. Seit nunmehr über zwanzig Jahren behaupten die Politiker, daß sie Abrüstung wünschen. Aber über den gleichen Zeitraum hinweg ist das weltweite nukleare Potential ganz beträchtlich gewachsen. Nun soll eine neue Generation von Atomwaffen in Westeuropa stationiert werden. Dies hat eine breite öffentliche Debatte in Europa, besonders in Westdeutschland bewirkt: eine Debatte, wie wir sie bisher in dieser Intensität nicht gekannt haben. Die Gründe, warum diese Diskussion ganz besonders und gelegentlich auch sehr heftig in der Bundesrepublik Deutschland stattfindet, sind sehr gut beschrieben worden von den amerikanischen Autoren McGeorge Bundy, G.F. Kennan, R.S. McNamara und G. Smith in ihrer Broschüre "Nukleare Waffen und das Atlantische Bündnis":

"Amerikaner vergessen zu leicht, was die Bevölkerung der Bundesrepublik niemals vergessen kann. Daß sich ihre Lage gleich dreifach in einer einzigartigen Weise von allen anderen großen Industriedemokratien unterscheidet. Sie haben keine nuklearen Waffen; sie teilen eine lange gemeinsame Grenze mit dem sowjetischen Imperium; in einem Konflikt an der zentralen europäischen Front würde ihr Land das erste Gefechtsfeld sein. Keine dieser Bedingungen ist zu ändern, zusammengenommen stellen sie eine ganz beträchtliche Herausforderung dar."

2. Die gegenwärtige Debatte über die NATO-Strategie hat ihren Ursprung in der NATO-Entscheidung von 1979, neue nukleare Mittelstreckenraketen zu stationieren (cruise missiles, Pershing 2), sofern die Sowjetunion sich weigert, ihre SS 20-Raketen zu verschrotten. In der Zwischenzeit sind die Diskussionen und die darüber aufgeworfenen Fragen sehr weitreichend geworden. Sind nukleare Waffen überhaupt in der Lage, uns zu verteidigen? Stellen sie wirklich immer noch eine Art Abschreckung dar? Oder hat die unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit (Palme-Kommission) recht, wenn sie schreibt: "Die nukleare Abschreckung kann keine dauerhafte Grundlage für Frieden, Stabilität und Gerechtigkeit zwischen den Nationen sein. Sie muß ersetzt werden durch ein System gemeinsamer Sicherheit."
3. Im Mittelpunkt der Kritik steht die sich wandelnde Strategie der NATO. Für eine gewisse Periode in den 60er Jahren kann durchaus gesagt werden, daß die NATO-Politik auf dem Abschreckungseffekt beruhte und daß tatsächlich auch ein "Gleichgewicht des Schreckens" bestand. Ihr Wesen wurde beschrieben als "verwundbare Städte, unverwundbare Raketen". Städte konnten nicht verteidigt werden gegen nukleare Raketen. Auf der anderen Seite waren diese Raketen nicht zielgenau genug, um in der Lage zu sein, die gegnerischen, in Silos untergebrachten Raketen zu zerstören.

Hier nun ist es wichtig, den Unterschied zwischen den Ausdrücken Zweitschlags- und Erstschlagsfähigkeit zu betonen. Sie wurden gut beschrieben von Robert S. McNamara, damals US-Verteidigungsminister, in einem Artikel in "US News and World Report", erschienen im Oktober 1967. Er definierte Zweitschlagsfähigkeit als die Fähigkeit eines Landes, das selbst gerade Opfer eines unbeschränkten nuklearen Angriffes auf seine militärischen Einrichtungen, Städte und Industrieanlagen geworden ist, den Aggressor seinerseits mit einer nuklearen Attacke zu belegen. Und dies in einem Ausmaß, daß die Gesellschaft des Gegners, in den Maßstäben des 20. Jahrhunderts, nicht mehr lebensfähig wäre. Diese Zweitschlagsfähigkeit nannte er "gesicherte gegenseitige Vernichtung".

McNamara erläuterte, daß die Erstschlagsfähigkeit gerade nicht die Fähigkeit meinte, als erster mit nuklearen Waffen loszuschlagen (nunmehr Erstgebrauch genannt), sondern die Fähigkeit, die gegnerischen atomaren Vergeltungswaffen wirksam und vollständig zu



vernichten. McNamara kam damals zu dem Schluß, weder die USA noch die Sowjetunion verfügten über eine Erstschlagsfähigkeit, da beide ihre jeweilige Zweitschlagsfähigkeit "soweit ausgebaut hätten, daß eine Erstschlagsfähigkeit völlig unerreichbar geworden wäre."

Ein Teilgrund für das Ende dieses Zeitabschnittes lag darin, daß sich die Technologie weiterentwickelte. Die Unverwundbarkeit von landgestützten Raketen, auch solchen in "gehärteten" Silos, wurde unterlaufen durch die wachsende Zielgenauigkeit der an greifenden Raketen. Die Unverwundbarkeit der U-Boote, auf die lange Zeit beide Seiten vertraut hatten, ist nun bedroht durch Entwicklungen in der Anti-U-Boot-Kriegsführung, wobei anzunehmen ist, daß die USA in diesem Bereich deutlich vor der Sowjetunion liegen.

4. Die folgende Periode fand einen zeitlichen Höhepunkt in der "Präsidentendirektive 59". Das Ziel besteht nunmehr darin, fähig zu sein, kleinere nukleare Schläge gegen militärische Einrichtungen in der Sowjetunion zu unternehmen, einschließlich Raketenbasen, Truppenkonzentrationen und Befehlsbunker der sowjetischen Führung. Der Wechsel in der Strategie der Zielpunkte hat eine Strategie selbst tiefgreifend verändert. Es ist nicht länger bloß eine Strategie der Abschreckung und der Kriegsverhinderung, sondern auch eine Strategie mit dem Ziel, einen Atomkrieg führen und gewinnen zu können. Einer der Hauptkritikpunkte in der bundesdeutschen Diskussion zielt genau in diese Richtung. Es wird gesagt, daß Pershing 2 und cruise missiles keine Abschreckungswaffen seien, sondern aufgrund ihrer Zielgenauigkeit und Eindringfähigkeit Kriegsführungswaffen sind.
5. Die anderen Hauptargumente gegen die sogenannte Rüstungsmodernisierung sind in diesem Zusammenhang:
 - a) das Übertötungsargument sagt, daß jetzt schon die nuklearen Kapazitäten in Westeuropa ausreichen, die Sowjetunion mehrfach zu zerstören. Beispielsweise trägt ein britisches Polaris-U-Boot, das der NATO unterstellt ist, 16 Raketen und jede Rakete hat drei Sprengköpfe. Jede Rakete verfügt über ein Zerstörungspotential, das 9.600.000 Tonnen TNT entspricht; mehr als die Explosionskraft der gesamten Munition, die im zweiten Weltkrieg verschossen worden ist.
 - b) Die Pershing 2 hat eine sehr kurze Flugzeit; sie benötigt nur etwa sechs Minuten von der Bundesrepublik bis zu den Zentren der Sowjetunion. Schon in der Vergangenheit gab es zahlreiche Atomalarne, die von Computerfehlern verursacht worden sind. Die kurze Flugzeit der Pershing 2 erhöht insoweit das Risiko eines von einem Computerfehler verursachten zufälligen Nuklearkriegs.
 - c) Die neuen Mittelstreckenraketen tragen dazu bei, politische und militärische Optionen voranzubringen, wonach ein begrenzter Nuklearkrieg in Europa möglich sein könnte.
6. Die allgemeine Diskussion über die NATO-Strategie befindet sich in vollem Gange. Für die kritischen Stimmen in Westeuropa sehr hilfreich ist die Debatte in den USA, zum Beispiel der Vorschlag von McGeorge Bundy, G.F. Kennan, McNamara und G. Smith, auf den nuklearen Erstschlag zu verzichten, aber auch die "freeze-Bewegung" in den USA. Diese Vorschläge könnten erste Schritte sein in eine Welt ohne jede nukleare Waffen. Ich empfehle ganz besonders das Studium des Berichtes der Palme-Kommission, aber auch die Studie der Vereinten Nationen über die Beziehungen zwischen Abrüstung und Entwicklung (Oktober 1981). In der Zusammenfassung der letztgenannten Studie heißt es: "Diese Untersuchung kommt mit größtem Nachdruck zu dem Ergebnis, daß die Welt entweder den Rüstungswettlauf mit der ihm charakteristischen Kraft fortsetzen kann oder aber die Möglichkeit wahrnimmt, sich bewußt und mit wohlüberlegtem Tempo einer stabilen und wirtschaftlich ausgewogenen Entwicklung zu nähern, die sowohl in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht eine ausbalancierte internationale Ordnung zum Ziel hat. Beides schließt sich einander aus."

Ich glaube, daß dies die Wahrheit ist: Die größte Schande, aber auch die größte Bedrohung unserer Zeit besteht darin, daß jedes Jahr die Militärapparate weltweit über 600 Milliarden Dollar verschlingen, während gleichzeitig im gleichen Zeitraum die gleiche Welt 15 Millionen Kinder verhungern läßt. (-/26.8.1982/hl/rs)

